

Keine Kriegsforschung an Hochschulen! Für eine Zivilklausel an der Universität Augsburg!

Im Süden der sogenannten „Friedensstadt Augsburg“ entsteht in unmittelbarer Nähe zum Campus der Universität der Innovationspark. Dort sollen auf 70 Hektar Forschung, Lehre und Entwicklung einen gemeinsamen Ort finden. Die Schlüsseltechnologien dort sind Carbonfaserverbundwerkstoffe, die leichter, aber stabiler wie Stahl sind und sich somit besonders für Fahrzeuge sowohl ziviler aber gerade auch militärischer Verwendung eignen.

Noch dazu sollen sich auf dem Innovationspark Firmen ansiedeln, die in der Rüstungsindustrie tätig sind, z.B. Cassidian, die Rüstungssparte von EADS, Premium Aerotec oder Renk; aber auch DLR und Fraunhofer-Gesellschaft sind bekanntermaßen im militärischen Bereich tätig. Der Innovationspark ist also wohl eher ein Rüstungspark – in einer Stadt, die sich gerne mit dem Label Friedensstadt schmückt und dabei vergisst, dass sie bereits jetzt ein wichtiger Standort für Rüstungsunternehmen ist.

Eine wichtige Säule des Innovationsparkes ist die enge Zusammenarbeit zwischen der Privatwirtschaft und den Hochschulen. So sollen DLR und Fraunhofer-Gesellschaft jeweils eine Stiftungsprofessur an der Universität stellen und mit mehreren Forschungsgruppen auf dem Campus tätig sein. Sogar 2 neue Bachelorstudiengänge wurden in diesem Zusammenhang ins Leben gerufen.

Damit erreicht sowohl die Verschmelzung von wirtschaftlichen Interessen mit der Institution Hochschule eine ganz neue Dimension, als auch ihre Militarisierung.

Diese Entwicklung in Augsburg entspricht durchaus einem deutschen Trend: so gab die Bundesregierung im Jahr 2008 ganze 1,1 Milliarden Euro für Rüstungsforschung an Hochschulen und deren An-Instituten aus. An insgesamt 27 Hochschulen wird bundeswehrrelevante und wehrtechnische Forschung durch das Bundesverteidigungsministerium finanziert. Laut einer kleinen Anfrage der Linken an den Bundestag, an welchen Hochschulen für die Bundesregierung Militärforschung betrieben wird, erhielt auch die Uni Augsburg in den Jahren 2003, 2004 Drittmittelzuwendungen durch das Bundesverteidigungsministerium; Verwendung unbekannt.

Was genau dort erforscht wurde ist unklar, unterliegt Militärforschung doch der Geheimhaltung. Wie ist eine solche systematische Intransparenz an einer öffentlichen Institution möglich? Warum gibt es keinen Aufschrei der Empörung?

Doch es regt sich Widerstand. An vielen Universitäten und Hochschulen wird die Forderung nach einer sogenannten „Zivilklausel“ laut, mit der sich die Hochschulen auf friedliche und zivile Forschung und gegen Militärforschung selbst verpflichten. Unter anderem in Bremen, Oldenburg, Karlsruhe, an der TU Berlin und in Tübingen existieren solche Zivilklauseln bereits. In Köln und Frankfurt stimmten vor kurzem die Studierenden mit klarer Mehrheit für eine Zivilklausel. Auch an der Uni Augsburg wird es Zeit, eine solche Zivilklausel zu fordern. Wir, die Initiative „friedliche Uni Augsburg“ haben uns aus diesem Grund formiert, um von studentischer Seite aus dieses Thema öffentlich zu machen. Dazu brauchen wir die breite Unterstützung aller Augsburger und Augsburgerinnen!

Rüstungs- und Militärforschung haben an der öffentlichen und zivilen Institution der Hochschule nichts zu suchen!

Doch dass die Hochschulen sich ohne langes Zögern auf einen Deal mit der Rüstungsindustrie einlassen, ist kaum verwunderlich, angesichts ihrer finanziellen Notlage, ihrer chronischen Unterfinanzierung, dem Zwang, im Wettkampf um „Exzellenz“ und Gelder zu bestehen. Die „Ökonomisierung“ unterwirft die Hochschulen einer unmittelbaren Verwertungslogik, die weit entfernt von ethischen Selbstreflexionen und gesellschaftlicher Verantwortlichkeit liegt.

Denn welche gesellschaftliche Verantwortung trägt die Wissenschaft? Wie nimmt sie diese heute wahr?

Eine Zivilklausel ist der erste Schritt in die richtige Richtung - nämlich eben diese Fragen wieder öffentlich zu diskutieren, die Unabhängigkeit der Hochschulen zu wahren und unsere demokratischen Grundsätze aufrechtzuhalten. Universitäten sind weder reine Ausbildungsmaschinen, wie es der Bachelor gerne suggeriert, noch sind sie nur der Hort für

„innovative Ideen“, die Deutschlands internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken sollen. Hochschulen tragen eine Verantwortung für die Beantwortung der aktuellen Fragen und Probleme unserer Gesellschaft. Ethische Dimensionen dürfen dabei nicht ausgespart werden!

Eine Zivilklausel, die Militärforschung verbietet, ist keineswegs eine Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit, wie oft von Gegnern argumentiert wird. Vielmehr ist die Wissenschaft zunehmend angewiesen auf Gelder aus der Wirtschaft. Durch eine Zivilklausel wird die Unabhängigkeit der Hochschulen von Rüstungsforschung und damit die Wissenschaftsfreiheit erst ermöglicht.

Über die Rechtmäßigkeit von Krieg wurde und wird schon immer gestritten. Unstrittig ist, dass Gewalt gegen andere Menschen nicht zu tolerieren ist.

Doch wie schon Einstein, zuerst radikaler Pazifist, dann angesichts der Gefahr durch Hitler Befürworter des Baus der Atombombe, erkannte:

„Man muß sich klarmachen, daß jene mächtigen Gruppen der Industrie, die an der Produktion der Waffen beteiligt sind, in allen Ländern einer friedlichen Regelung der internationalen Streitfragen entgegenwirken und daß die Regierenden nur dann jenes wichtige Ziel erreichen können, wenn sie der tatkräftigen Unterstützung der Majorität der Bevölkerung sicher sind. In unserer Zeit demokratischer Regierungsform ist das Schicksal der Völker von diesen selbst abhängig; dessen muß jeder einzelne stets eingedenk sein.“

Es ist also an uns, als Bürger und Bürgerinnen, als Zivilgesellschaft, eine Kultur zu schaffen, in der Krieg nicht mehr als legitimes Mittel der Politik, sondern als deren Ende gesehen wird. Eine Öffentlichkeit zu schaffen, in der wir nicht mehr die Augen verschließen vor dem, was direkt vor unserer Nase zur Vorbereitung von Kriegen geschieht, sondern offen legen, diskutieren und anprangern, was ethisch verwerflich ist.

Universitäten als öffentliche und zivile Institutionen, als Ort der Bildung und der Erkenntnissuche dürfen sich nicht für militärische Zwecke vereinnahmen lassen!

Dies laut zu fordern, ist es jetzt an der Zeit.

Kyra Schneider

Initiative friedliche Uni Augsburg